

Die Vorsitzende rief Seite für Seite des Prüfungsberichtes auf und bat die Ausschussmitglieder bei Beratungsbedarf um Wortmeldungen.

Bezugnehmend auf die Seiten 21 bis 26 des Prüfungsberichtes fragte Abg. Lindenberg an, ob die Arbeit der Umzugsunternehmen seitens der Verwaltung hinreichend kontrolliert würde. KVOR Dellbrügge erklärte, dass eine Überprüfung stattfinde. Aufgrund langjähriger Erfahrung in diesem Bereich bestünden diesbezüglich auch keine Probleme. So sei z.B. der notwendige Personaleinsatz für einen Umzug einer bestimmten Größenordnung ohne Weiteres einschätzbar.

Abg. Görg bat um Erläuterung zum Zustandekommen des in der Bemerkung auf Seite 36 erfassten Haushaltsausgaberestes, der um 630.000,00 € zu hoch ausgefallen war. Ltd. KVD Ganseuer stellte dar, dass zur Finanzierung von Haushaltsrisiken im Haushaltsjahr 2003 Haushaltsausgaberechte gebildet wurden, die in dieser Größenordnung nicht hätten gebildet werden dürfen. Das habe allerdings zur Folge, dass sich die Auflösung dieser Haushaltsausgaberechte positiv auf das Ergebnis des Haushaltsjahres 2004 auswirke.

Hinsichtlich der Seiten 48 bis 56 bat Abg. Pagels die Verwaltung die dort zum 16.06.2004 aufgelisteten Haushaltsausgaberechte seiner Fraktion nochmals mit den Zahlen zum 31.12.2004 vorzulegen.

Ferner fragten die Abg. Lindenberg und Pagels an, warum der für Aus- und Fortbildung zur Verfügung stehende Betrag zur Mitte des Jahres 2003 noch in einer solchen Größenordnung bestehe.

Anmerkung des Rechnungsprüfungsamtes:

Die entsprechenden Ausführungen des Fachamtes sind als Anlage 1 zu TOP 5 der Niederschrift beigelegt.

Zu den Haushaltsausgaberechten bei der Haushaltsstelle 8800.9320.9, die zum 16.06.2004 noch 100.000,00 € und 973.373,03 € betragen, erbat Abg. Lindenberg noch eine nähere Erläuterung. Ltd. KVD Ganseuer erklärte, dass zwischenzeitlich der geplante Grundstückskauf vollzogen worden sei und die Haushaltsausgaberechte aufgelöst worden seien.

Abg. Pagels ließ sich den Haushaltsausgaberecht bei der Haushaltsstelle 6505.9501.2 in Höhe von 400.000,00 € erläutern. BTA Lauterbach führte hierzu aus, dass die Maßnahme weiterhin verfolgt würde, jedoch derzeit Probleme beim Grunderwerb für den Ausbau der Straße bestünden.

Auf Nachfrage von Abg. Lindenberg stellte Ltd. KVD Ganseuer fest, dass für die in Fonds angelegten Pensionsrückstellungen, die auf Seite 61 aufgeführt sind, Verluste verbucht werden mussten. Ltd. KVD Ganseuer wies auch darauf hin, dass Pensionsrückstellungen im Doppischen Kommunalhaushalt für die Ruhestandsbeamten und die aktiven Beamten in die Eröffnungsbilanz mit einer Summe in Höhe von derzeit 145 Mio € eingestellt werden müssen. Dieser Betrag müsse bis zur Eröffnungsbilanz des Rhein-Sieg-Kreises im Jahr 2007 noch fortgeschrieben werden.